

Volksstimme

Volksstimme

zugleich für Bielefeld

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielefeld, Republikanstra. 4.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Pommern-Schlesien 1 mm 0,12 Zloty für die achteckige Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 31. 7. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteur.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto P. R. D., Filiale Kattowitz, 200174. — Fernsprechanhänge: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Abreise Macdonalds von Berlin

Im Flugzeug nach London — Ziemlich erfolgreiche Besprechungen — Die Arbeit muß noch verschiedene Stadien durchlaufen — Henderson ebenfalls in London eingetroffen

Berlin. Der englische Ministerpräsident Macdonald trat am Mittwoch vormittag vom Flughafen Tempelhofer Feld den Rückflug nach London an. Der Flughafen hatte großen Flaggenschmuck angelegt. Reichkanzler Brüning, Reichsaussenminister Curtius, Staatssekretär von Bülow und Oberregierungsrat Planet waren bereits kurz nach 9 1/2 Uhr auf dem Flugplatz eingetroffen, wo die drei englischen Militärflugzeuge unmittelbar vor dem Flughafensteig nebeneinander aufgestellt waren. Um 9 1/2 Uhr erschien der englische Botschafter Sir Horace Rumbold mit dem Botschafterrat Newton. Macdonald selbst erschien in Begleitung von Graf Lattenbach und Ministerialrat Direktor Dieckhoff gegen 9,40 Uhr. Er wurde von den Zuschauern höflich und ruhig begrüßt. Nach der Begrüßung durch die deutschen Minister und dem Kommandanten des englischen Flugzeuggeschwaders unterhielt sich Macdonald noch mehrere Minuten mit den zur Verabschiedung erschienenen Herren. Dann vertauschte er seinen Hut mit einer Flicke, legte den Fallschirm um, nahm von jedem einzelnen Herrn mit Händedruck Abschied und bestieg das von dem Kommandanten Feslop gesteuerte Flugzeug, das um 9,58 Uhr unter den Hülsschwänden der Zurückbleibenden und Hochrufen des Publikums startete. Die beiden anderen Flugzeuge folgten in kurzen Abständen. In Hannover wird voraussichtlich eine Zwischenlandung stattfinden.

Macdonald wieder in London

London. Der englische Ministerpräsident Macdonald traf um 18,30 Uhr von Berlin aus auf dem Flugplatz Hendon ein. Bei seiner Ankunft erkundigte er sich sofort nach dem Befinden von Lloyd Georges. Es verlautet, daß der Flug nicht nur in Hannover, sondern auch in Amsterdam unterbrochen wurde. In Beantwortung einer Reihe von Fragen sagte Macdonald, daß die Besprechungen in Berlin mit Brüning und Curtius ziemlich erfolgreich gewesen seien. Sie hätten die Erörterungen fortgesetzt, die in Chequers begonnen hätten. Nur die Frage, ob und wo weitere Besprechungen stattfinden würden, antwortete Macdonald, daß er dies im Augenblick noch nicht sagen könne. Die Arbeit, die getan worden ist, werde noch verschiedene Stadien durchlaufen müssen. Es sei unmöglich, jetzt schon zu sagen, welche weitere Richtung die Ereignisse nehmen würden. Die erste wichtige Sache sei jedoch, einen Bericht von den Bankfachverständigen zu erhalten.



Ein Sozialist wird Präsident der spanischen Nationalversammlung

Der sozialistische Abgeordnete Besteiro wurde von der spanischen Nationalversammlung fast einstimmig zum Präsidenten gewählt.

Auch Henderson wieder in London

London. Außenminister Henderson traf am Mittwochabend mit dem fahrplanmäßigen Zuge von Dover aus in London ein. Aus Calais landete er dem Reichsaussenminister Curtius folgendes Telegramm:

„Dem Herrn Reichkanzler und Ihnen möchte ich meinen wärmsten Dank für den angenehmen Besuch in Berlin aussprechen. Der überaus freundschaftliche Charakter unseres Empfanges hat auf mich einen tiefen Eindruck gemacht und es war mir eine Freude, auf deutschem Boden die Fühlungnahme zu erneuern, deren glückliche Vorläufer unsere Zusammenkünfte in Chequers, Paris und London gewesen sind. Ich sehe unserem nächsten Zusammentreffen in Genf entgegen, das zu meiner Freude nahe bevorsteht.“

Deutsche Arbeitergewerkschaften zur Wirtschaftskrise

Öffentliche Kontrolle aller Aktien-Gesellschaften — Für eine Verständigung mit Frankreich

Berlin. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat unter Beteiligung des Abandes in seiner gestrigen Sitzung folgende Entschlüsse zur Lage gefaßt: Die ernste Lage der deutschen Wirtschaft erfordert entschiedenes und schnelles Handeln. Die Gewerkschaften als Vertreter der von der Not am härtesten betroffenen Volksmassen erheben daher folgende Forderungen:

1. Damit die Wiederaufnahme der Zahlungen bei privaten und öffentlichen Banken und Sparkassen gleichmäßig und schnellstens gesichert wird, ist die Versorgung mit ausreichenden Umlaufmitteln durch weitere Wechseldiskontierung der Reichsbank notwendig.
2. Um die notwendige Räumung der Warenlager herbeizuführen und die Währung zu sichern, sowie den erforderlichen Druck auf die Abgabe von Devisen- und Notenvorräten auszuüben, darf vor der vorübergehenden Erlöschung des Diskontsatzes der Reichsbank nicht zurückgeschreckt werden.
3. Die Regelung der Rückzahlungen kurzfristiger Auslandsverpflichtungen darf nur durch Vermittlung der Reichsbank erfolgen. Hierbei ist das Stillhalteübereinkommen durch ein teilweises Auslandsamortatorium zu ergänzen.
4. Der inländische Geld- und Kapitalmarkt bedarf der öffentlichen Kontrolle und Lenkung. Das Reich muß maßgeblich an der Verwaltung der Banken beteiligt werden. Zu diesem Zwecke ist ein Bankenamt zu errichten. Zu seinen Aufgaben gehört besonders: die Kreditpolitik der Banken zu kontrollieren,

Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufzustellen und die Durchführung der Richtlinien zu überwachen.

5. Die ins Ausland und in ausländische Werte geschickten Kapitalien sind der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen. Die bisher erlassenen „Notverordnungen gegen die Kapitalflucht“ beziehen sich nur auf die Flucht in Devisen. Sie sind deshalb zu erweitern:

1. Alle ausländischen Effekten in deutschem Eigentum sind der Reichsbank zum Kauf anzubieten.
2. Die Anmeldepflicht für Devisen ist auf sämtliche Auslandsforderungen ohne Rücksicht auf ihre Höhe und den Fälligkeitstermin auszudehnen.
3. Die Bewilligung von Ausnahmen bei der Devisenablieferung auf Grund der ergangenen Notverordnungen darf nur von der Reichsbank unmittelbar erteilt werden.
4. Ueber die zur Ueberwindung der augenblicklichen Stokung zu treffenden Maßnahmen hinaus sind zur Wädtehr des Vertrauens im In- und Auslande die Reform des Aktienrechtes und die Ausdehnung der Kartell- und Monopollkontrolle entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften notwendig. Ebenso dringlich sind Sicherheitsmaßnahmen für die öffentlichen Finanzen und für die Stützung des realen Einkommens der Arbeiterschaft. Der Lohnabbau hat sich als ein Irrweg erwiesen. Um die Läger zu räumen, dürfen Verlustverkäufe nicht gescheut werden. Kartellhemmungen müssen beseitigt werden. Ueberhöhte Bölle in Landwirtschaft und Industrie sind abzubauen. Die deutsche Außenpolitik muß in erster Linie auf eine Verständigung mit Frankreich gerichtet sein.

Der Kampf um die Abrüstung

Die gemeinsame Aktion der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Wien, den 28. Juni.

Die Arbeiterklasse hat von jeher den Kriegsgefahren die größte Aufmerksamkeit geschenkt und alle ihre internationalen Aktionen waren auf die Beseitigung dieser Gefahr gerichtet. In der Zeit vor dem Ausbruch der Weltkatastrophe gab man sich dem Glauben hin, daß es gelingen werde, die Arbeiterklasse derartig straff zu organisieren, daß Kriege durch eine proletarische Aktion, eventuell durch einen Generalstreik, verhindert werden. Diese Hoffnung hat im August 1914 getäuscht, die breiten Massen haben noch heute die Opfer für die Folgen dieses Krieges zu tragen, weil man die „Vaterländer“ und ihre Potentaten höher stellte, als den Frieden, die Idee der Menschheit. Die Friedensverträge, mit ihren tragischen Lehren für das Proletariat, haben eine Entspannung der Lage nicht gebracht, im Gegenteil durch das Anwachsen des Chauvinismus, durch die Ausbeutung des einen Volkes durch die Reparationen des anderen, haben die Kriegsgefahren noch vergrößert. Sie kommen am schärfsten in den wahninnigen internationalen Rüstungen zum Ausdruck, die ungeheuren Kosten aber werden der Arbeiterklasse in immer neuen Formen von Steuern auferlegt, durch die Anshwellung aber der Militärausgaben faktisch auch die sozialpolitischen Ausgaben aller Staaten für den Arbeiterschutz, immer mehr vermindert. Nirgends zeigt sich das besser, als bei den Beratungen der Staatshaushalte, wo überall jogenannte Sparmaßnahmen getroffen werden, wobei die Militärausgaben unberührt, aber bei Löhnen und Gehältern und bei den Ausgaben für soziale Fürsorge und Arbeitslosigkeit, immer wieder Abstriche gemacht werden.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale und der Internationale Gewerkschaftsbund haben bisher alljährlich die Septembertage zu einer Aktion gegen den Krieg und damit für die Abrüstung, Aktionen geführt und vor allem den Völkerbund in Petitionen bestürmt, diese Abrüstungsprobleme in Angriff zu nehmen. In den Friedensverträgen, deren Wertlosigkeit gerade jetzt in der internationalen Wirtschaftskrise am deutlichsten zum Ausdruck kommt, ist die Schaffung des Völkerbundes wohl der einzige positive Punkt. Dem Völkerbund ist die Ueberwachung der Friedensverträge übertragen worden, er soll eigentlich damit auch den Frieden Europas sichern. Einer seiner wichtigsten Belange war die Durchführung der Abrüstung. Aber die Gestalt des Völkerbundes nahm zunächst die Form des Interessenwahrnehmers, der Siegerstaaten, an, wobei bisher Frankreich die Hegemonie über alle Nachfolgestaaten für sich sicherte und der Völkerbund einfach das Abrüstungsproblem immer in den Hintergrund stellte, besser gesagt, eine Diskussion über das Problem einfach verhinderte. Die Debatten über die Abrüstung wurden im Völkerbund zur Lächerlichkeit, denn während man bisher von der Sicherung des Friedens redete, glaubte man, dies immer mit der Notwendigkeit neuer Rüstungsausgaben begründen zu müssen. Nach mehrjähriger Verschleppungstaktik, besonders durch Frankreich, kam, unter dem Druck der englischen Arbeiterregierung, im Völkerbund schließlich die Einigung zustande, daß im Februar 1932 die Abrüstungskonferenz zusammenzutreten soll. Die hierfür in den vorbereitenden Abrüstungskommissionen des Völkerbundes geschaffenen Grundlagen, müssen indessen bei der Arbeiterklasse von vornherein die allergrößten Bedenken aufkommen lassen, man kann ruhig sagen, daß es aufgestellte Formeln sind, um jede Abrüstungsaktion zum Scheitern zu bringen.

Vor diese Aufgabe sieht sich der Internationale Sozialistenkongress gestellt. Verständlich, daß seine Tagung zu diesem Problem Stellung nehmen muß und das in einer nicht mißzuverstehenden Weise, unter klarer Hinzufügung der Tatsache, daß, wenn diesmal die Staatsmänner verlagen, die Arbeiterklasse nicht gewillt ist, diesem Spiel sorglos zuzusehen, sondern die Abrüstung in allen Staaten zu erzwingen. Einstweilen hofft man noch, daß die bessere Einsicht bei den Staatsmännern siegen werde. Darum beschränken sich auch die Abrüstungswünsche der Arbeiterklasse in allgemeinen Formeln, aber mit der klaren Bestimmung, daß die Abrüstungskonferenz nicht nur das Problem selbst erörtere, sondern die Abrüstung auch praktisch durchführe. Die Ansichten der Staatsmänner zu dieser Frage sind sehr verschieden und, sagen wir es offen: gegen

jede Art der Abrüstung gerichtet. Man macht die Abrüstungskonferenz einfach nur deshalb mit, um nicht als der „Friedensstörer“ zu gelten und immer in der staatsmännischen Weisheit, daß die Abrüstungskonferenz doch nicht allen Wünschen gerecht werden kann und darum zwangsläufig zum Scheitern verurteilt ist. Neben der französischen These, erst „Sicherheit“ vor jedem Erbfeind, dann Abrüstung, gehen die Wünsche nach Erhaltung des bisherigen Rüstungsstandes oder aber für alle Staaten die gleiche Bindung, nach Herabsetzung der Rüstungsausgaben um 15, beziehungsweise 25 Prozent ohne Unterschied auf den heutigen Bereich der Rüstungsausgaben. Andere Staaten meinen wieder, daß sie erst durch die Abrüstungsbeschlüsse in die Lage kommen können, ihre Rüstungen zu vollenden und glauben, damit und dafür sogar Anleihen zu bekommen und in Deutschland ist man der Meinung, daß wenn die anderen nicht auf die Stufe Deutschlands gebracht werden, ihm die Freiheit gewährt werden müsse, auszurüsten, damit es als wieder werdende Großmacht nicht den anderen Staaten als Militärmacht dastehe. Wie das bei den Gegnern Deutschlands wirkt, das haben wir am besten beim Panzerkreuzerbau gesehen, welchen internationalen Sturm er entfesselt und, im Gefolge damit, auch die deutsche Finanzmisere verschärft hat. Wie gesagt, im Augenblick ist im Abrüstungsproblem ein Jammer eingetreten, denn alle Militaristen sind besorgt, daß ihrer Allmacht irgendwo Einhalt geboten werden könnte.

Vor diese Tatsachen sieht sich die Arbeiterklasse gestellt, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die offenen und versteckten Ausgaben für neue Militärausgaben die größten Gefahren für die Arbeiterklasse enthalten, deutlicher gesagt, den Frieden in Frage stellen und neue Kriege vorbereiten. Diese Feststellung kann also für die Arbeiterklasse nicht gleichgültig sein. Alle diese Fragen hat nun die Sozialistenkonferenz bei ihrer ersten Plenarsitzung am Montag erörtert. Der belgische Delegierte im Völkerbund und Exekutivmitglied der Arbeiterinternationale, Genosse de Broeckere, hat in einem wohlbedachten Referat, das Abrüstungsproblem nach allen Seiten hin beleuchtet und kam schließlich zu dem Ergebnis, daß die Abrüstungskonferenz im Februar 1932 nicht das Ergebnis zeitigen werde, wie es für die Arbeiterklasse wünschenswert erscheint, und sollte die Abrüstungskonferenz gar scheitern, so verliert auch der Völkerbund an Einfluß und Bedeutung, weil er an der wichtigsten seiner Aufgaben, der Abrüstung, völlig versagt hat, dem Nationalismus aber freie Hand gibt, seine These zu bewahren, daß nur neue Kriege die Völker aus dem heutigen Jammer herausführen können. Für die sozialistische Arbeiterbewegung würde der Sieg der nationalistischen These eine untragbare Niederlage bedeuten. Darum sei und müsse es Aufgabe der Arbeiterklasse sein, schon jetzt mit allem Nachdruck zu betonen, daß sich das internationale Proletariat diese Art Verhöhnung ihrer Wünsche durch die Staatsmänner nicht bieten lassen werde und entschlossen sei, mit allen gangbaren Mitteln die Abrüstung zu erzwingen. Auch der Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes unterstrich die Haltung der Arbeiterschaft im gleichen Sinne, wobei Genosse Jouhaux ausdrücklich betont, daß, ohne eine entschlossene Haltung des internationalen Proletariats, von den Staatsmännern eine Entscheidung nicht zu erwarten sei.

Einstweilen gehen auch die Meinungen in der sozialistischen Arbeiterinternationale weit auseinander, wenn auch Einigkeit darüber besteht, daß im Interesse der Arbeiterklasse die Abrüstung kommen muß. Die vorgelegten Resolutionen „zum Kampf um die Abrüstung“ sind eine gemeinschaftliche Plattform zwischen sozialistischer und gewerkschaftlicher Internationale. Sie sind einig im Ziel und einig in den Kampfmaßnahmen. Die Sozialisten und Gewerkschaftler haben bisher immer betont, daß ihr Boden im Kampf um die Durchsetzung ihrer Ziele die Demokratie ist. Aber diese Demokratie könne durch bürgerliche Majorisierung der Arbeiterklasse nicht dazu dauernd angewendet werden, um einfach die Forderungen des internationalen Proletariats nach Sicherung des Friedens zu brüskieren. Um die Belange dieser Abrüstung wird der Kampf geführt, mit allen nur anwendbaren Mitteln, falls die Abrüstungskonferenz im Februar 1932 versagen sollte. Die entsprechenden Mittel werden erwogen und zur gegebenen Zeit die Aktion des Proletariats für die Abrüstung eingeleitet! Das ist der Massenwille der Sozialisten, die Aufgabe der Internationale!

Die Rückfahrt „Graf Zeppelin“ vom Nordpolflug

Der Nordpolflug geglückt — Auf der Rückfahrt nach Leningrad

„Graf Zeppelin“ über Nowaja Semlja

Hamburg. Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin“ in den Vormittagsstunden des 29. Juli über den Inseln von Nowaja Semlja.

„Graf Zeppelin“ über Archangelst

Hamburg. Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit, daß das Luftschiff Graf Zeppelin sich gestern um 20 Uhr über Archangelst

gelandete befunden hat. Für morgen früh ist eine Zwischenlandung in Leningrad geplant.

Ein Funkpruch von „Graf Zeppelin“

Moskau. Ein Funkpruch vom Luftschiff Graf Zeppelin lautet: „Eintreffen in Leningrad am 30. Juli vormittags.“



Russische Sondermarke zur Begegnung des „Graf Zeppelin“ mit dem „Malgin“

(Original sehr stark vergrößert.)

Anlässlich der Begegnung des „Graf Zeppelin“ mit dem russischen Eisbrecher „Malgin“ hat die Sowjetunion neue Briefmarken herausgegeben. Diese Briefmarken sind für Sendungen bestimmt, die der „Graf Zeppelin“ von dem Eisbrecher „Malgin“ übernommen hat.

Italiens Standpunkt zur deutsch-österreichischen Zollunion

Die Zollunion vor dem Haager Gerichtshof — Aufsehen-erregende Rede Professors Piloti — Scialoja spricht

Haag. Vor dem ständigen internationalen Gerichtshof setzte am Mittwoch vormittag Professor Piloti die Darlegung des italienischen Standpunktes fort. Nachdem er am Dienstag noch darauf hingewiesen hatte, daß man Oesterreich keineswegs in ein Gefängnis einschließen wolle, Oesterreich aber durch das Zollabkommen das Recht zum selbstständigen Abschluß von Handelsverträgen verliere, beschäftigte er sich heute mit dem Genfer Protokoll. Bei der im Protokoll ins Auge gefassten Unabhängigkeit handelte es sich in erster Linie um eine juristische und in zweiter Linie um eine wirtschaftliche Frage. Piloti wandte sich dann der Frage der Gegenseitigkeit zwischen Oesterreich und Deutschland zu, wobei er der Ansicht Ausdruck gab, daß diese Frage für die Beantwortung der dem Hofe vorgelegten Fragen nicht von Bedeutung sei.

Hierauf erhielt der zweite italienische Vertreter, Scialoja, das Wort, der die Ausführungen Pilotis in verschiedenen Punkten ergänzte.

Nachdem nunmehr die Vertreter sämtlicher an dem Verfahren beteiligten Staaten zu Worte gekommen waren, vertagte Präsident Matschi die Sitzung auf Freitag. In diesem Tage sollen dann die Repliken ihren Anfang finden.

Haussuchung im Büro der polnischen Bauernpartei

Warschau. Am Dienstag haben die Sicherheitsbehörden in den Warschauer Büroräumen der polnischen Bauernpartei Haussuchung durchgeführt. Dabei wurden 1200 Exemplare eines Aufrufes beschlagnahmt, in dem die Bauern zum Steuerstreik aufgefordert werden. Die Bauernpartei hat erst vor kurzem die Bevölkerung aufgefordert, Alkohol und Tabak zu meiden, was, wie vermutet wird, der Regierung den Grund zu ihrem Vorgehen gab.

Neuer Unterstaatssekretär im polnischen Finanzministerium

Warschau. Wie der regierungstreue „Expresz Poranny“ meldet, soll der Professor an der Wilnaer Universität, Wladislaw Zawadzki, in den nächsten Tagen zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium ernannt werden. Zawadzki ist augenblicklich Vorsitzender eines Steuerausschusses im Finanzministerium und überdies Direktor der Handelskammer in Wilna.

Der fliegende polnische Graf weit über deutschem Gebiet

St. Arone. Das silbergraue Flugzeug des polnischen Grafen, das nun schon seit Wochen ohne jedes internationales Abzeichen häufig über deutschem Gebiet kreist, ist weitab von der Landesgrenze in der Gegend zwischen Woldenberg und Schloppe gesichtet worden. In stundenlangem Flug pendelte es zwischen diesen beiden Städten hin und her. Ein Versiegen erscheint ausgeschlossen. Nur absichtliche Verletzung deutschen Hoheitsgebietes kann hier vorliegen.

Aus dem Reichstag

Berlin. Im Reichstag sind nunmehr die Notverordnungen gegen die Kapital- und Steuerflucht, über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen, betreffend Aenderung des Münzgesetzes, über die Neuregelung in der Auszahlung von Dienstbezügen, über die Zuschläge für Steuerrückstände und die zweite Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen zugegangen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion verlangt in einem Antrag die sofortige Aufhebung der zweiten Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 17. Juli 1931.

Piccard

vor einem neuen Stratosphärenflug

Start in Friedrichshafen.

Brüssel. Eine Brüsseler Zeitung meldet, daß Professor Piccard einen neuen Höhenflug beabsichtigt, der die Prüfung der Stratosphärischen Forschungsapparate zum Zwecke hat. Der neue Flug soll womöglich in bedeutend größere Höhen führen als der erste. Der Start wird wahrscheinlich in Friedrichshafen stattfinden. Piccard habe erwähnt, daß deutsche und französische Ingenieure, mit denen er bereits darüber verhandelt habe, die Ergebnisse des ersten Höhenfluges zum Bau stratosphärischer Flugzeuge zu verwerten beabsichtigen.

Sieg der Nankingtruppen

London. Nach einer Timesmeldung haben die Nankingtruppen in der Provinz Kiangsi einen wichtigen Sieg über die Kommunisten errungen. Bei dem Kampfe, der in der Nähe der Stadt Ningtzu stattfand, fielen die Nankingstreitkräfte 20 000 Gefangene gemacht und über 13 000 Gewehre erbeutet haben. Auch zahlreiche Maschinengewehre und einige Geschütze seien in ihre Hände gefallen.

Der Belagerungszustand in Sevilla aufgehoben

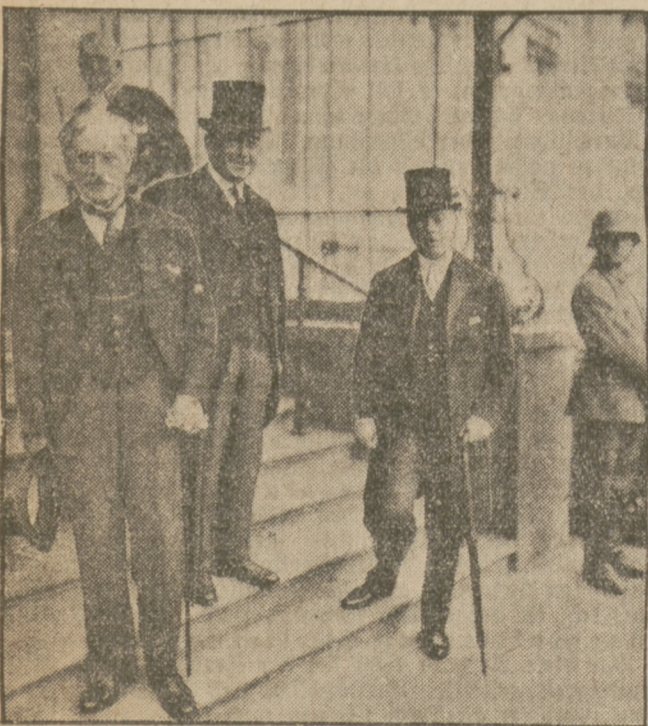
Madrid. Der Belagerungszustand in Sevilla wurde am Mittwoch aufgehoben. Zur Unteruchung der Vorkommnisse, die zu den blutigen Tagen in Sevilla führten, wurde ein parlamentarischer Ausschuss eingesetzt.

Verhaftung des früheren argentinischen Präsidenten Alvear

London. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, sind der frühere Präsident der argentinischen Republik Alvear und Senor Pueyrredon verhaftet worden. Man wirft ihnen revolutionäre Umtriebe gegen die Regierung vor.

Blutige Unruhen in Sao Paulo

Sao Paulo. In der letzten Woche kam es hier zu blutigen Zusammenstößen zwischen Studenten und Arbeitern, wobei es vier Tote und zahlreiche Schwerverletzte gab. Aus Rio de Janeiro wurden Truppen entsandt, denen es gelang, die Ruhe wieder herzustellen.



Die englischen Minister beim Reichspräsidenten

Von links nach rechts: Premierminister MacDonald, Außenminister Henderson, der englische Botschafter Sir Horace Rumbold.

Englands Premier und Außenminister statteten dem Reichspräsidenten von Hindenburg in Begleitung des englischen Botschafters in Berlin ihren Besuch ab.

Befennnis zum Hochhaus

Von Prof. Dr. Walter Gropius.

Die Meinungen über die ideale Wohnform stehen sich scharf gegenüber; sie entsprechen in ihren Wurzeln der alten Antithese von Stadt und Land. Der Mensch braucht Gegensätze zur Anregung und Entspannung. Die fortschreitende Entwicklung hebt nun neuerdings die kräftigsten Gegensätze auf, bringt Errungenschaften der Stadt aufs Land hinaus und Reize der Natur zurück in die Stadt. Der Wunsch des Städters nach dem Land, des Landmenschen nach der Stadt ist elementarer Natur und sucht stetig nach Befriedigung. Der Kampf um die Wohnform ist also in seinem Kern psychologischen Ursprungs, daher auch panischen Rückschlägen und Psychosen unterworfen, wie wir sie in dem leidenschaftlichen Kampf gegen die Mietkaserne erlebt haben. Die verheerenden Folgen der wilden Bautätigkeit in den Städten brachten als gesunden Rückschlag die Tendenz des „Zurück in die Natur“ und den Kampf der Behörden und privater Persönlichkeiten um das Ziel, die Mehrzahl des Volkes im Einfamilienheim mit Garten unterzubringen. Schuld an den Wohnungselend dicht zusammengedrängter Mietkasernen ist aber nicht die Wohnform des mehretagigen Hochhauses, sondern die kurzfristige Gesetzgebung, die den Bau der Volkswohnungen ohne ausreichende soziale Sicherung struppellose Spekulation preisgab. Das mit Verantwortung geplante, mit reichlichen Abständen in breite Grünflächen gestellte Hochhaus kann jedoch alle Bedingungen nach Licht, Luft und Auslauf erfüllen, und außerdem dem Bewohner eine Fülle weiterer Vorteile bieten.

Die Besonderheit der Großstadtsiedlung vieler werktätiger Menschen um einen engen Citykern fordert kurze Wege, das heißt Ausnutzung der vertikalen Baugliederung zur Verfürzung der horizontalen Entfernungen. Die Wohnform des Flachbaus steht dieser Grundtendenz der Stadt entgegen. Ist eine vernünftige Stadtentwicklung denkbar, wenn alle Bewohner im Eigenheim mit Garten wohnen? Ich glaube, nein. Die wirtschaftlichen Erfahrungen und die Umstellung zahlreicher Volkstriebe in der Lebens- und Wohnauffassung lassen keinen Zweifel, daß die einseitige Zielsetzung zugunsten des Eigenheims zu Verwirrungen führte und nachteilig auf die gesamte Wohnungspolitik wirkte. Nach dem Stand der Dinge ist der Gedanke, die Mehrzahl des Volkes in Eigenheimen unterzubringen, bestimmt eine wirtschaftliche Utopie.

Entscheidend für die Wahl der Wohnform des Städters ist der höchste für ihn erreichbare Wohneffekt. Dieser hängt ab von seinen Neigungen, von seinem Beruf und seinem Geldbeutel. Für den Durchschnitt der Bevölkerung ist das Wohnen im Eigenheim unwirtschaftlich, da es als Kleinwohnung unrentabel und außerdem zeitraubend in der Bewirtschaftung ist. Den Vorteil der unmittelbaren Erdnähe tauscht der Bewohner mit dem Nachteil langer Anmarschwege, weiter Schulwege und erschwerten Einkaufs ein. Die Belastung durch Fahrtkosten ist sehr hoch, und die Reperaturkosten des Einfamilienhauses, wie: Reparaturen, Wasserzähler, Abwässerung, Müllabfuhr, Straßenreinigung usw. dürfen nicht vergessen werden.

Wenn nun die Praxis des Wohnungsbaues unter Würdigung auch der nicht wirtschaftlichen Faktoren zeigt, daß umfängliche Teile der Bevölkerung auf dem Wege des Heimstättenbaues nicht versorgt werden können, so ergibt sich daraus eindeutig, daß das gut organisierte, moderne Hochhaus nicht als notwendiges Uebel betrachtet werden darf, sondern als echtes Wohngebilde unserer Zeit mit aller Sorgfalt behandelt statt vernachlässigt werden muß. Die schlechten Beispiele der bisherigen Mietkasernen dürfen uns nicht hindern, dieses Problem völlig neu anzufassen! Dabei ergibt sich, daß die bisher bekannte Form des mittelgroßen Stadthauses weder die Vorteile des Flachbaues, noch die des vielstöckigen Hochhauses zeigt, dem es in sozialer, psychologischer und teilweise auch wirtschaftlicher Hinsicht unterlegen ist. Es hat den Nachteil zu geringer Blockabstände, geringer Besonnung, zu kleiner Grünflächen und zu geringen Ausläufen. Beim zehnstöckigen Bau steigt jedoch bei gleicher Ausnutzung des Geländes und gleicher Wohnfläche der Abstand der Gebäudeblöcke voneinander nahezu auf die doppelte Entfernung, und zwar ohne jede wirtschaftliche Einbuße. Im zehner- oder zwölfstöckigen Hochwohnhause kann auch der Erdgeschossbewohner den Himmel sehen! Statt auf 20 Meter breite begrünte Korridore schauen die Fenster auf 100 Meter breite baumbestandene Grünflächen, die die Luft reinigen helfen und weite Tummelplätze für die Kinder bieten. Hier bringt die Natur in die Großstadt ein, und wenn auch alle Dächer zu Gärten werden, was ja fast

noch nirgends geschehen ist, so würde sich der Städter dort oben auch noch das Land zurückerobert, das durch den Bau des Hauses an Boden verloren geht.

Nur das Hochhaus kann außerdem dem einzelnen Bewohner einen großen Teil der mühseligsten und zeitraubendsten Hausarbeiten abnehmen durch zentrale Bewirtschaftungsanlagen, die auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus so bedeutungsvoll sind, weil sie auch in der Endabrechnung an Zeit und Materialaufwand sparen. Zentrale Heizungs- und Warmwasseranlagen, zentrale Wäschereien, Aufzüge, zentrale Küchenanlagen, elektrische Kühlchränke, Bataunanlagen, mechanische Be- und Entlüftungen, ja schließlich auch gemeinsame Klubräume, Sportanlagen und Kindergärten lassen sich im Hochhaus viel eher verwirklichen, da die Kosten auf eine große Anzahl von Familien verteilt werden. Kosten, deren Sinn es ist, den

errungenen Zeitgewinn in das Allerwichtigste umzumünzen, in Lebensgewinn! Gemeinschaftseinrichtungen bedeuten keine neue Mechanisierung des Individuums, sondern sie befreien das Leben von unnötigem Ballast, um es desto ungehemmter und reicher entfalten zu lassen.

Die Großstadt muß sich positivieren! Sie braucht den Anreiz der eigen entwickelten, ihrem Lebensorganismus entsprechenden besonderen Wohnform, die ein Maximum an Luft, Sonne und Pflanzenwuchs mit einem Minimum an Verkehrswegen und an Bewirtschaftungsaufwand vereint. Der Flachbau kann nicht allein das Allheilmittel sein; die logische Folge wäre die Auflösung und Verleugnung der Stadt! Nicht Auflösung, sondern Auflockerung ist aber das Ziel!

Diese Forderungen kann das vielstöckige Wohnhochhaus erfüllen und deshalb gehört seine Förderung zu den dringendsten Aufgaben des Wohnbaues.

Großstädter, bekennet euch zur Großstadt!
Aber: Laßt Raum in ihr für die Vegetation!
Baut Wohnhochhäuser, dann wird das gewonnene Bauland zum Garten!

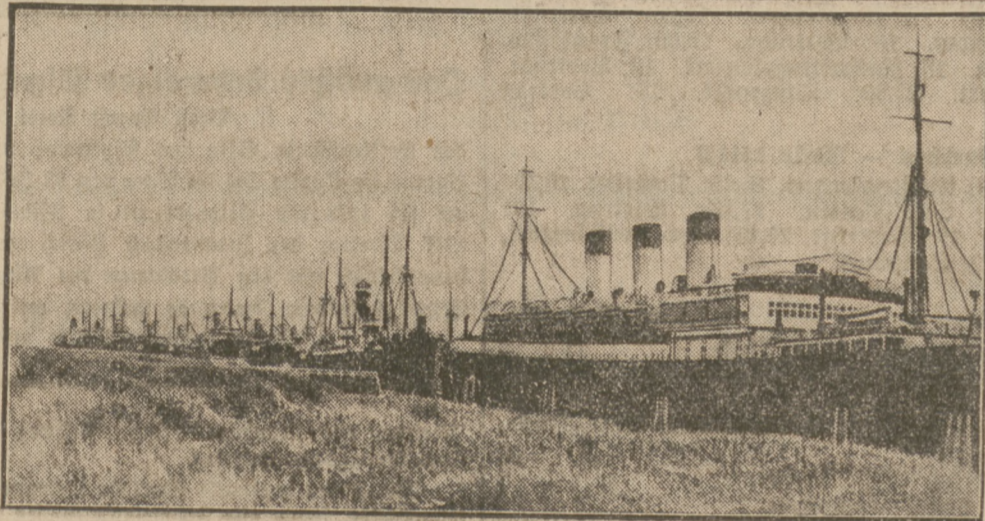


Bild der Not im Hamburger Hafen

Ein Bild, das die Folgen der schweren Wirtschaftskrise eindringlich darstellt: der Waltershofer Hafen in Hamburg, wo zahlreiche Schiffe mit mehr als 400 000 Bruttoregistertonnen brach liegen. An den Quais liegen kilometerweit die toten Schiffskörper.

Im Golf von Korinth

Von Willy Möbus.

Am späten Abend hatte der Dampfer den Hafen von Piräus verlassen. Aber schon nach wenigen Stunden Nachtruhe werden wir geweckt. Der Kanal von Korinth ist erreicht. Es ist ¼ Uhr. Noch steht der Mond als schmaler Strich am Himmel, aber im Osten schiebt sich bereits langsam die blutrote Scheibe der Sonne über die Berge. Rotes und grünes Licht vor uns. Viele Lichter am Horizont. Zarie, im Morgengrauen wie Hauch erscheinende Bergketten. Die Dampfsirene heult; sie fordert Einfahrt in den Kanal. Vom Westen her nähert sich ein Feenschloß; ein zauberhaft beleuchteter Dampfer. Aus allen Bullaugen strahlt Licht. Die Landschaft ist ganz in Blau getaucht. Am Himmel wachen gelbe Streifen. Ein kleiner Schleppdampfer hat sich vor unser Schiff gespannt. Wir fahren auf das grüne und rote Licht zu.

Ein schmaler Spalt zwischen den Felsen, eine Kulisse im Morgengrauen. Das ist der Kanal von Korinth, der den Isthmus durchschneidet und den Golf von Megina mit dem Golf von Korinth verbindet. Er scheint gar keine Länge zu haben. Er wirkt auch noch, als wir näher kommen, wie eine Kulisse auf dem Theater. Die Felsen erinnern an eine Pappdekoration. Dann aber sind wir in der Einfahrt. Auf beiden Seiten des Kanals glühen elektrische Lampen. Ihr Leuchten spiegelt sich in dem ruhigen Wasser. Nun starren rechts und links Felsenwände, steil und schroff, zuweilen ausgefüllt mit Mauerwerk, um drohenden Bergsturz und Verschütten des Kanals zu verhindern.

Die Kulisse ist verschwunden. Der Kanal hat eine tüchtige Länge — er ist keine Kulisse! Aber die Augen-täuschung war vollkommen. Ueber sechs Kilometer müssen wir in langsamer, unendlich vorsichtiger Fahrt zurücksiegen,

ehe wir im Golf auf der anderen Seite sind und die Maschinen wieder anspringen können. Die Felsen sind wohl über 20 Meter hoch. Teilweise sind sie so glatt durchschnitten, als ob der Kanal mit einer Riesenfräse gearbeitet hätte. Mit einem Ruck verlöschen die elektrischen Lampen. Die Sonne übernimmt ihr Amt. Eine Brücke ist hoch über uns gespannt. Ueber sie hinweg geht der Verkehr auf der Landenge.

Der Kanal wurde 1861 von einer französischen Gesellschaft begonnen. Er ging in griechische Hände über, als die Franzosen in Geldschwierigkeiten geraten waren. Der Kanal ist zu eng, um einen größeren Verkehr aufnehmen zu können. Dazu kommen hohe Gebühren für die Durchfahrt. Wie ein großer Gebirgssee liegt der Golf von Korinth vor uns. Drüben am Ufer ruht ein kleines Dorf, die Stätte der im Altertum so mächtigen Stadt Korinth. Das neue Korinth wurde nordöstlich wieder aufgebaut. Es hat sich von den Schicksalsschlägen, die es ereilten, nicht mehr erholt. Die erste Handelsstadt der alten Griechen ist zu einem Schattenbilde herabgesunken.

Der Golf weitet sich. Sonne breitet Licht und Wärme aus. Blau ist das Wasser; kein Hauch von Wind gleitet über die Fläche. Die Bergketten, die uns rechts und links am Ufer begleiten, sind kahl. Nur selten unterbricht eine Siedlung ihre herben Linien.

Am frühen Nachmittag dampfen wir in den Golf von Patras. Bald liegt das Schiff mit dem Heck an der Mole. Im Innenhafen liegen viele kleine Segelschiffe, vor allem Gaffelschoner, und eine Reihe von Dampfern. Uns gegenüber weht am Heck die Fahne der Deutschen Republik. Am Molentopfe sitzen braune, nackte Kinder. Hochauf jauchzend springen sie in das tiefblaue Wasser. Ein herrliches Farbenspiel. Wie die geschmeidigen Körper sich winden! Sie schwimmen wie Fische, sicher und furchlos.

Patras ist eine uralte menschliche Siedlung. Schon die Phöniker sollen hier gesessen haben. Dann wurde es eine griechische, später eine venezianische und endlich eine türkische Stadt. Von hier aus begann der Freiheitskrieg der Griechen gegen das türkische Joch. Das Land wurde von Parteilämpfern zerrissen und seine Staatsform unterlag mannigfachen Wechsell. Auf der anderen Seite des Golfes, aber weiter westlich, liegt das aus den Tagen der Freiheitskämpfe so berühmte Missolonghi, wo der Sänger der griechischen Freiheit, Lord Byron, bald nach seiner Landung am Sumpffieber gestorben ist.

Brütende Hitze liegt über der Stadt. Die Menschen haben sich in die Häuser zurückgezogen. Das Leben scheint erloschen zu sein. So steigen wir durch die schlafende Stadt empor zur Zitadelle, von deren Mauern man einen schönen Blick über den Golf haben muß. Soldaten öffnen uns ein Tor. Hinter den alten Mauern ist wohlgepflegter Acker. Weit hinaus reicht der Blick. Unter uns liegt der Hafen. In azurnem Blau dehnt sich der Golf, leuchtend im hellen Scheine der Mittagssonne. Bergland begrenzt den Horizont.

Ein Lastauto rattert auf der Mole. Die Stadt scheint zu erwachen. Wir schreiten durch die Laubengänge einer zum Hafen führenden Straße. Die Läden sind geöffnet. Pferde wiehern. Esel schreien, Menschen fluchen. Vom Hafen her tönt das Heulen einer Sirene. Der Dampfer ruft seine Passagiere zurück. Die Hehrenscheibe sieht hinter unserer Schiffsleitung. Läden, Läden, weiter, weiter. Fabriken kennen wenigstens Pausen am Tage. Ruhe in der Nacht.

Patras liegt schon wieder am Horizont. Ganz klein sind die Masten der im Golf liegenden Schiffe geworden, und, wie im Morgengrauen der Kanal, so wird nun die entschwindende Stadt zur Kulisse, unwirklich, festsam in seinem Farbenspiel, das Ionische Meer.



Blutige Straßenkämpfe in Chiles Hauptstadt

Parade in Santiago, der Hauptstadt Chiles. Unten rechts: Der chilenische Staatspräsident Ibanez del Campo.

In der chilenischen Hauptstadt Santiago kam es zu schweren Straßenkämpfen. Die Studentenschaft, die gegen den regierenden Präsidenten del Campo demonstrierte, verschanzte sich in der Universität und beschloß die anrückende Polizei. Es sind zahlreiche Opfer der Kämpfe zu beklagen.

